

# Mehr Wachstum Berlin muss wieder auf Strukturreformen setzen

Bisherige Debatte konzentriert sich zu sehr auf den Erhalt des Status quo –  
Wachstumspolitik benötigt jedoch Mut zur Veränderung

**Börsen-Zeitung, 5.5.2010**  
Der deutsche Staatshaushalt wird in diesem Jahr mit annähernd 5% das höchste Finanzierungsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt seit Mitte der siebziger Jahre (1975: -5,6% am BIP) verzeichnen. Binnen zweier Jahre von 2008 bis 2010 erhöht sich zudem die Staatsschuldenquote um 10 Prozentpunkte auf rund 76%. Der Staat steht angesichts dieses Schuldenberges vor einer Herkulesaufgabe.

Verschiedene Wege stehen ihm offen, die Neuverschuldung zu reduzieren. Zum einen können Ausgaben gesenkt oder Abgaben erhöht werden. Ökonomen raten meist zu einer Konsolidierung über die Ausgabenseite. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Geringere Staatsausgaben wirken zwar auch bremsend auf die Konjunktur, aber sie sind weniger gefährlich als Abgabenerhöhungen, da diese nicht nur die Nachfrage, sondern auch die Leistungsanreize reduzieren. Trotzdem gehen Staaten in Finanznöten gerne diesen Weg.

Not sollte jedoch erfinderisch machen. Die Diskussion allein über Ausgabekürzungen und/oder Einnahmeerhöhungen erscheint mir verengt. Zu wenig wird in den Blick genommen, welche Bedeutung das Wirtschaftswachstum für die Schuldenentwicklung hat.

Setzt kräftiges Wirtschaftswachstum ein, reduziert sich die staatliche Neuverschuldung häufig rasch. Ein Beispiel hierfür ist der Konjunkturaufschwung ab 2005. Im Jahr 2005 erwartete niemand, dass der deutsche Staat schon 2007 einen ausgeglichenen Haushalt haben würde. Aber zwei Jahre kräftiges Wirtschaftswachstum reichten, um aus einem Haushaltsdefizit von 3,3% in Relation zum BIP im Jahr 2005 einen Haushaltsüberschuss von 0,2% im Jahr 2007 zu machen.

Eine ähnlich günstige Entwicklung wird sich zurzeit kaum wiederholen, weil die Ausgangslage deutlich ungünstiger ist. Aber auch der-

zeit gilt: Aufschwünge werden traditionell in ihrer Dynamik und in ihrer Wirkung auf die Staatsfinanzen unterschätzt. Allein eine Rückkehr zum konjunkturellen Normalzustand – also zur Normalauslastung der Produktionskapazitäten – könnte einen Großteil des aktuellen Defizits beseitigen. Der konjunkturelle Teil des Budgetdefizits dürfte nach meiner Einschätzung bei etwa 45 Mrd. Euro oder knapp 2% des BIP liegen.

Werden die noch recht großen ungenutzten Kapazitäten wieder normal ausgelastet, was selbst bei einer stockenden Konjunkturerholung spätestens in zwei Jahren der Fall sein dürfte, wird die Neuverschuldung des Staatssektors allein dadurch um bis zu 45 Mrd. Euro sinken. Hinzu kommt, dass 2011 eine Reihe von Maßnahmen – insbesondere die in den Konjunkturprogrammen enthaltenen zusätzlichen Infrastrukturausgaben – auslaufen und einen „automatischen“ Konsolidierungsbeitrag in einer Größenordnung von 10 bis 15 Mrd. Euro bewirken. Ausgehend von einer voraussichtlichen Neuverschuldung von rund 120 Mrd. Euro im Jahr 2010 wäre das schon annähernd eine Halbierung.

Ein großes Problem für die mittelfristige Haushaltskonsolidierung ist allerdings das derzeit geringe Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft. Schätzungen zu den mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. So hat der Sachverständigenrat zuletzt eine Bandbreite für die Zuwachsrate des Produktionspotenzials von -0,1 bis 1,8% geboten. Die Forschungsinstitute haben sich auf 1% für 2009 bis 2014 festgelegt.

Gelänge es, diese niedrige Wachstumszahl etwas zu erhöhen, fiel es erheblich leichter, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Würde das Potenzialwachstum von 1 auf 2% jährlich angehoben, würden auch die Staatseinnahmen jährlich um etwas mehr als einen Prozentpunkt schneller zunehmen.

Nach fünf Jahren würden sich ganz beträchtliche Mehreinnahmen des Staates von 50 bis 60 Mrd. Euro jährlich einstellen. Unter der weiteren Annahme einer im Laufe der nächsten Jahre in etwa wieder normal ausgelasteten deutschen Wirtschaft würde die Neuverschuldung auf 0 bis 1% in Relation zum BIP zurückgehen. Dabei ist keinerlei Abgaben- oder Steuererhöhung unterstellt. Das Konsolidierungsziel der Schuldenbremse wäre auch ohne sie zu erreichen. Und der Schuldenstand könnte allmählich wieder zurückgeführt werden.

Wie aber lässt sich ein realer Wachstumstrend von 2% erreichen? Hat die Wirtschaftspolitik hierfür die notwendigen Instrumente? Und wenn sie solche Instrumente hat, wäre ihr Einsatz aufgrund der Kosten für den Staatshaushalt überhaupt möglich? Hier mögen bis zu einem gewissen Grad Bedenken angebracht sein. Umgekehrt gilt aber, dass ein völliger Verzicht auf staatliche Wachstumspolitik erhebliche Risiken nach sich zöge. Denn die Globalisierung schreitet auch nach der schweren Wirtschaftskrise weiter voran und führt zu einem anhaltenden Standortwettbewerb.

Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt durch eine Reihe von Reformen seine Wirtschaft flexibler gestaltet. Erfolge insbesondere am Arbeitsmarkt, der sich in der Wirtschaftskrise als äußerst robust erwiesen hat, resultierten hieraus. Sich auf diesen Erfolgen auszurufen wäre verhängnisvoll. Erreichtes würde erneut gefährdet. Das Fazit lautet deshalb: Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland, die ausschließlich auf Einsparungen oder Steuererhöhungen ausgerichtet ist und aus diesem Grund jegliche Reformbemühungen unterlässt, schädigt das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft.

**Fiskalische Impulse nötig**

Staatliche Wachstumspolitik kann vielfältiger Natur sein, und sie muss nicht unbedingt mit hohen Kosten einhergehen. Eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bessere Rahmenbedingungen für Innovationen, die Steigerung der Effizienz in der öffentlichen Verwaltung sind nicht mit großen fiskalischen Kosten verbunden. Verbesserungen des Steuersystems etwa im Hinblick auf anreizfeindliche Belastungsverläufe oder eine gewisse steuerliche Schlechterstellung des dringend benötigten Eigenkapitals im Unternehmenssektor werden zwar zunächst mit überschaubaren Einnahmeausfällen verbunden sein, aber sie sind eben auch imstande, deutliche Wachstumsimpulse zu setzen und – was auch das Ausland von uns verlangt – die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken. Bei geeigneten Maßnahmen dürfte der Selbstfi-

nanzierungsgrad deutlich über 50% liegen.

Vor diesem Hintergrund ist die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland in den letzten Wochen und Monaten enttäuschend. Mehr und mehr dominiert die These, dass angesichts leerer Kassen in den nächsten Jahren nichts mehr unternommen werden kann. Dabei wird ein weiterer wirtschaftspolitischer Reformbedarf in den oben genannten Bereichen von kaum jemandem bestritten. Doch gerade in der aktuellen Situation haben wir nicht die Zeit zu warten, gerade jetzt muss alles getan werden, um die Wachstumskräfte zu mobilisieren, wieder mehr Vollzeit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu schaffen. Der Verzicht auf Wachstum, der immer wieder als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise gefordert wird, wäre ein gewaltiger Rückschlag bei der Konso-

lidierung der Staatsfinanzen und damit eine riesige Bürde für zukünftige Generationen.

So verständlich die Kritik am Wachstum teilweise auch sein mag, wir brauchen es in moderater und nachhaltiger Form, um die Rechnungen der Vergangenheit zu begleichen. Einfach weginflationieren lassen sich die Staatsschulden nicht. Mehr Inflation würde private Kaufkraft und private Vermögen vernichten und damit wirtschaftliches Wachstum gefährden. Und Inflation würde die Zinskosten für den Staat in die Höhe treiben. Eine Alternative zum Wachstum ist das eindeutig nicht.

Von  
**Michael Heise**

Chefvolkswirt  
der Allianz

